Stand: 15.12.2025 22:01:43

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8680

"Heilmittelerbringer besser in die Versorgung einbinden und den Beruf des Therapeuten zukunftsfähiger und attraktiver machen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8680 vom 27.10.2015
2. Beschluss des Plenums 17/8698 vom 28.10.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 28.10.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 27.10.2015 **Drucksache 17/8680**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Markus Blume, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Thomas Goppel, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**

Heilmittelerbringer besser in die Versorgung einbinden und den Beruf des Therapeuten zukunftsfähiger und attraktiver machen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund weiterhin und gemäß des Koalitionsvertrags zwischen CDU/CSU und SPD sowie des Beschlusses der 88. Gesundheitsministerkonferenz zur „Stärkung der therapeutischen- und Assistenzberufe im Gesundheitswesen“ dafür einzusetzen, dass die Situation der Heilmittelerbringer deutlich verbessert wird.

Insbesondere sind dabei die folgenden Punkte von Bedeutung:

– Die Ausbildungsstandards und die Qualifikation sind auszubauen. Notwendige Zusatzqualifikationen – wie die Weiterbildung für das Screening – müssen zwingend in die curriculare Ausbildung integriert werden.

– Sog. „Blankoverordnungen“ sollten eingeführt und ein Direktzugang zu qualifizierten Therapeuten geprüft werden. Diesbezügliche Modellvorhaben sind auszuweiten und auch in Bayern zu erproben.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, ob die Vergütung der Heilmittelerbringer von der Grundlohnsumme entkoppelt werden kann.

Begründung:

Die Physiotherapeuten in Deutschland haben vor kurzem mit ihrer Kampagne „38,7 Prozent Mehrwert“ auf ihre Probleme aufmerksam gemacht. Praxen werden geschlossen, der Nachwuchs bleibt aus – mit der Folge eines akuten Fachkräftemangels. Durch Angestelltengehälter im Mindestlohnbereich und existenzbedrohende Verhältnisse für selbständige Freiberufler verschlechtern sich die Rahmenbedingungen deutlich weiter. Insofern ist es an der Zeit und wichtig, dass hier gegengesteuert wird und dass es zu keinem kalten Ausschluss der physiotherapeutischen Behandlungsleistungen aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung kommt.

Die Leistungen der Heilmittelerbringer sind ein wichtiger Bestandteil der gesundheitlichen Versorgung. Ihre Arbeit an den Patientinnen und Patienten ist eine anspruchsvolle und zugleich für den Patienten sehr wichtige medizinische Leistung. Diese gilt es weiter zu sichern und mit geeigneten Rahmenbedingungen zukunftsfest zu machen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.10.2015 **Drucksache 17/8698**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Markus Blume, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Thomas Goppel, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/**8680**

Heilmittelerbringer besser in die Versorgung einbinden und den Beruf des Therapeuten zukunftsfähiger und attraktiver machen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund weiterhin und gemäß des Koalitionsvertrags zwischen CDU/CSU und SPD sowie des Beschlusses der 88. Gesundheitsministerkonferenz zur „Stärkung der therapeutischen- und Assistenzberufe im Gesundheitswesen“ dafür einzusetzen, dass die Situation der Heilmittelerbringer deutlich verbessert wird.

Insbesondere sind dabei die folgenden Punkte von Bedeutung:

– Die Ausbildungsstandards und die Qualifikation sind auszubauen. Notwendige Zusatzqualifikationen – wie die Weiterbildung für das Screening – müssen zwingend in die curriculare Ausbildung integriert werden.

– Sog. „Blankoverordnungen“ sollten eingeführt und ein Direktzugang zu qualifizierten Therapeuten geprüft werden. Diesbezügliche Modellvorhaben sind auszuweiten und auch in Bayern zu erproben.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, ob die Vergütung der Heilmittelerbringer von der Grundlohnsumme entkoppelt werden kann.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Klaus Holetschek
Abg. Kathrin Sonnenholzner
Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Dr. Karl Vetter
Abg. Ulrich Leiner

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek u. a. und Fraktion (CSU)
Heilmittelerbringer besser in die Versorgung einbinden und den Beruf des Therapeuten zukunftsfähiger und attraktiver machen (Drs. 17/8680)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Herr Kollege Holetschek. Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wahrlich ein Dringlichkeitsantrag, über den wir jetzt beraten. Es geht um die Zukunft unserer Therapeuten. Stellen Sie sich vor, Sie gehen in eine Praxis, und es ist kein Therapeut mehr da, weil es keinen Nachwuchs mehr gibt oder weil die Bezahlung dieser Berufsgruppe nicht mehr auskömmlich ist. Wir wollen ein deutliches Signal in Richtung Wertschätzung für diese Berufsgruppe setzen. – Ich sehe auf der Tribüne Herrn von Esebeck vom Verband für Physiotherapie. – Wir wollen signalisieren, dass für uns die Therapeuten bei der gesundheitlichen Versorgung einen ganz wichtigen Stellenwert haben. Die Rahmenbedingungen für deren Arbeit müssen zukunftssicher und nachhaltig gestaltet werden. Dies ist das Ziel dieses Dringlichkeitsantrags.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen, dass sich die Staatsregierung, wie das im Koalitionsvertrag und in den Gesundheitsministerkonferenzen bereits zum Ausdruck gekommen ist, im Bund dafür einsetzt, dass diese Rahmenbedingungen verbessert werden. Sehen wir uns einmal das Thema der Bezahlung an. Frau Sonnenholzner und ich hatten das Vergnügen, bei einer Podiumsdiskussion des Verbandes zu diesem Thema dabei zu sein. Die Praxen können kaum noch gehalten werden, und die Gehälter können kaum noch bezahlt

werden. Ich nenne Ihnen einmal den Minutenpreis für eine Krankengymnastik. Er liegt bei 0,79 Euro. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Bei der Lymphdrainage liegt der Minutenpreis bei 0,60 Euro. Diesem Thema müssen wir uns stellen. Wir müssen uns fragen, ob diese Vergütungen noch auskömmlich sind und ob die Menschen davon ihre Mieten, ihre Ausbildung oder ihre Weiterbildung bezahlen können. Schließlich muss es ja immer weitergehen.

Wir müssen deswegen prüfen, ob eine Abkoppelung von der Grundlohnsumme möglich ist. Das ist ein Prüfauftrag. Ich weiß, dass es dabei auch um Beitragsstabilität geht. Die Heilmittel sind im Gesundheitssystem jedoch nicht die Beitragstreiber. Dieser Prüfauftrag ist wichtig und unumgänglich, um ein gutes Signal in die Zukunft zu setzen. Der Standard der Ausbildung und der Qualifikationen muss ausgebaut werden. Wir werden uns in Zukunft über andere Formen des Zugangs zum Therapeuten unterhalten. Deshalb müssen wir gleichzeitig über Ausbildungsstandards und Weiterbildung sprechen. Bei diesem Thema sollten wir gemeinsam ein Zeichen setzen.

Die sogenannte Blankoverordnung wird im Moment im Rahmen von Modellprojekten erprobt. Sobald die Ergebnisse vorliegen, kann dadurch ein wichtiger Beitrag zur Entbürokratisierung, zur Patientenzufriedenheit und zur Erleichterung im Gesundheitssystem geleistet werden. Wir sollten uns in Bayern die Ergebnisse dieses Modellversuchs ansehen und prüfen, was wir daraus entwickeln können.

Meine Damen und Herren, der Direktzugang zu den Therapeuten ist eine langfristige Perspektive. Hierzu führen wir Gespräche mit den Kammern, mit den Ärzten und anderen. Wir sollten dieses Thema aber nicht aus dem Auge verlieren. Im Rahmen des Systems muss geprüft werden, ob der Arzt immer da sein muss oder ob bestimmte Vorgänge substituiert werden können. Das setzt jedoch voraus, dass sich Qualität und Ausbildung auf einem vernünftigen Level befinden.

Ich möchte ganz dezidiert sagen: Wir werden noch viele Herausforderungen in unserem Gesundheitssystem zu bewältigen haben. Vor Kurzem hatten wir ein Gespräch

mit den Hebammen, bei dem es ebenfalls um die Frage der Vergütung ging. Wir wissen, dass das Thema Flüchtlinge auch Auswirkungen auf unser Gesundheitssystem und auf die Therapeuten haben wird. Die demografische Entwicklung ist nicht der alleinige Beitragstreiber im Gesundheitswesen.

Wir müssen uns außerdem noch einmal über das Thema Schulgeld unterhalten. In Bayern wird bei 8 öffentlichen Schulen kein Schulgeld erhoben. Allerdings gibt es 26 Schulen, für die noch Schulgeld bezahlt werden muss. Wir müssen uns überlegen, wie wir langfristig mit diesem Thema umgehen, um Erleichterungen und Vereinfachungen zu erreichen. Wenn wir ein gutes und funktionierendes Gesundheitssystem haben wollen, müssen wir ein Zeichen für die Therapeuten setzen. Sie sind ein wichtiger Teil unserer Versorgungskette. Es wird sich lohnen, wenn wir gemeinsam die Rahmenbedingungen verbessern. Es wird sich auch lohnen, dass sich der Bund dieses Themas annimmt und wir von Bayern aus ein Zeichen für diese Therapiegruppen setzen. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Holetschek. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Sonnenholzner. Bitte sehr.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kollegen und Kolleginnen! Herr Kollege Holetschek, Ihr Einstieg in die Thematik war ganz großes Kino.

(Jürgen W. Heike (CSU): Zur Sache!)

Dieser Einstieg war an Theatralik kaum zu überbieten. Ich denke, dass Ihre Rede der tatsächlich prekären Situation, in der sich die Physiotherapie befindet, in keiner Weise gerecht wird. Sie haben völlig richtig geschildert, wie die Einkommenssituation aussieht. – Sie ist beunruhigend schlecht, auch im Vergleich zu den Physiotherapeuten,

die an den Krankenhäusern angestellt sind. Der TVöD ist schließlich nicht dafür bekannt, dass er übertrieben hohe Gehälter gewährt.

Sie haben die Minutenpreise geschildert. Hier kommt hinzu, dass es zum Beispiel bei der Lymphdrainage vollkommen unverständliche und unsinnige Staffelungen gibt. Für eine Lymphdrainage von 45 Minuten fällt ein niedrigerer Minutenpreis als für eine Lymphdrainage von 30 Minuten an. Das hat mir noch niemand erklären können. Ich glaube nicht, dass die Behandlung in den letzten 15 Minuten schlechter ist als vorher.

Die Zahl der Bewerbungen an den Schulen ist um 14 % zurückgegangen. Das ist beunruhigend. Die detaillierte Umfrage, die der Verband zur Situation der Mitglieder durchgeführt hat, hat massiven Handlungsbedarf aufgezeigt. Über die Bedeutung der Physiotherapie möchte ich nichts sagen, weil ich hier immer als befangen gelte, da ich gelegentlich orthopädische Probleme aufgrund von Frakturen habe. Somit komme ich immer wieder selbst in den Genuss dieser wichtigen Behandlung. Ich denke aber, dass jeder in diesem Hause weiß, wie wichtig die Physiotherapie bei vielen Krankheitsbildern für die Wiederherstellung der Patienten ist.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, selbstverständlich ist es gut und richtig, zu diesem Thema einen Dringlichkeitsantrag einzubringen. Sie führen jedoch ein absolutes Scheingefecht. Die Forderungen, die Sie stellen, richten sich zu 100 % an den Bund. Obwohl die "Bild"-Zeitung heute etwas anderes geschrieben hat, darf ich Sie daran erinnern: Sie sind noch Mitglied der Großen Koalition. Ich bin es auch. Deswegen stelle ich auch keine Anträge, mit denen ich die Regierung wachsweich auffordere, sich beim Bund für etwas einzusetzen. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie diejenigen Forderungen einbringen, die Sie hier einbringen könnten.

Sie haben völlig zu Recht das Schulgeld genannt. Das ist ein Thema, auf das das Kultusministerium Einfluss nehmen kann. Warum ist denn das Schulgeld in Ihren Forderungen nicht enthalten? Warum steht denn in Ihrem Dringlichkeitsantrag nicht, dass Sie fordern oder die Hochschulen bitten, einen Lehrstuhl für Physiotherapie einzurich-

ten, damit in dieses Thema auch auf der wissenschaftlichen Seite Bewegung kommt? Das wären Themen, die in Bayern und in diesem Hause geregelt werden könnten.

Ihre Forderungen sind 1 : 1 in dem bereits beschlossenen Berichtsantrag der SPD-Fraktion enthalten, den wir jedoch bescheidenerweise im Ausschuss und nicht als Dringlichkeitsantrag im Plenum beraten haben. Wir wollen einen Bericht der Staatsregierung. Selbstverständlich stehen auch wir dahinter, dass das Blankorezept ausgeschrieben wird. Ich bin davon überzeugt, dass der Direktzugang ein gangbarer und guter Weg wäre. Über dieses Thema müssen wir jedoch in erster Linie mit den Physiotherapeuten selbst diskutieren, weil es auch Haftungsfragen nach sich zieht.

Ich weiß nicht, wer von Ihnen das schöne Kartenspiel Watten beherrscht. Bevor man bei diesem Spiel einen Trumpf ausspielt, wird die Frage "Schotter?" gestellt. Diese Frage stelle ich auch zu Ihrem Antrag. Dieser Dringlichkeitsantrag wird zwar nichts nützen, aber weil er nicht schadet, werden wir ihm zustimmen. Wir werden uns im Ausschuss in aller Ernsthaftigkeit mit diesem Thema beschäftigen, sobald wir den im Antrag der SPD-Fraktion geforderten Bericht der Staatsregierung bekommen. Dann werden wir die Konsequenzen ziehen, die zur Verbesserung der Situation nötig sind.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Sonnenholzner. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. - Herr Kollege Holetschek hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Sehr geehrte Frau Sonnenholzner, ich bin des Wattens mächtig, kenne auch die drei Trümpfe und weiß, dass das ein niederbayerisches Spiel ist. Wir können darüber bei anderer Gelegenheit gern einmal reden. Aber ich habe das Gefühl, dass es Ihnen bei dem Antrag eher um das Prozedere als um die Sache geht. Wir wollten einfach – diesen Eindruck hatte ich damals bei unserer Podiumsdiskussion beim Verband – noch einmal ein deutliches Signal setzen und das, was wir in der Gro-

ßen Koalition in Berlin gemeinsam vertreten, deutlich machen, nämlich dass hier unmittelbarer Handlungsbedarf besteht.

Das Schulgeld habe ich angesprochen. In den Schulen des Freistaats gibt es kein Schulgeld, sondern nur bei den Privaten. Wir werden das Thema auch sicher nicht aus dem Auge verlieren. Das ist für mich eine Perspektive. Aber man muss erst einmal die Einkommenssituation der Therapeuten verbessern und ihnen Perspektive und Zukunft geben; dann werden sich diesem Beruf, glaube ich, wieder mehr widmen, wenn sie sehen, dass sie auch für die Zukunft ein Auskommen haben. Das hat für mich Priorität, und das wollten wir mit dem Antrag deutlich machen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Sonnenholzner, bitte schön. Sie haben das Wort.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege Holetschek, über unmittelbare Reaktionen kann man strittiger Meinung sein. Herr von Esebeck darf leider nicht von da oben aus sprechen. Ich weiß auch nicht mehr ganz genau, wann die Diskussion war. Aber unmittelbar war sie jetzt nicht. Es war im frühen Frühjahr. Die SPD-Fraktion hat eine unmittelbare Reaktion in Form des erwähnten und schon lange beratenen Berichtsantrags auf den Weg gebracht. Aber das halte ich tatsächlich auch für die richtige und ernsthafte Herangehensweise, weil wir die Fragen gestellt haben, die die Grundlage dafür bilden, um beurteilen zu können, was es in Bayern noch braucht.

Ich bin Ihnen dankbar, noch einmal darauf hinweisen zu können, dass Sie Forderungen an den Bund zu Themen stellen, die der Bund – mit Ausnahme der Grundlohnsummenanpassung; das gebe ich gerne zu – ohnehin schon behandelt. Deswegen stimmen wir dem Antrag auch zu. Aber ich finde, eine ernsthafte Befassung kann auch anders ausschauen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat nun der Kollege Dr. Vetter von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Kolleginnen und Kollegen, nachdem ich meinen zwei Vorrednern zugehört habe, weiß ich jetzt endlich, was GroKo heißt, nämlich nicht Große Koalition, sondern Große Kollision. Das war mir bis jetzt nicht so bekannt.

(Zuruf der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner (SPD) – Weitere Zurufe)

– Wenn wir beide kollidieren, sieht es noch ganz anders aus. Da möchte ich nicht dazwischen sein.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Kolleginnen und Kollegen, das Thema ist zu ernst. Herr von Esebeck war vor ein paar Wochen auch bei meinen Kollegen und bei mir. Es geht tatsächlich um die Zukunft des Berufes der Therapeuten und vor allem der Physiotherapeuten. Das Problem ist durchaus richtig erkannt, und ich halte es auch für vernünftig, dass es heute im Bayerischen Landtag behandelt wird.

Auch bei mir zu Hause – Sie wissen, dass ich von Beruf Orthopäde bin – werden mittlerweile Praxen von Physiotherapeuten geschlossen, weil sie nicht mehr existieren können. Therapeuten können ihre Mitarbeiter manchmal nur im Bereich der Mindestlöhne beschäftigen. Der Nachwuchs – auch an unserer Physiotherapeutenschule in Cham – bleibt aus. Ich kann das aus meiner Sicht nur bestätigen. Ich weiß aus meiner Erfahrung von früher und aus persönlichen Gesprächen auch, dass sehr gute Physiotherapeuten und Spitzentherapeuten jetzt gezwungenermaßen Arbeitszeiten von 6 Uhr früh bis 10 Uhr nachts haben. Das kommt ja nicht von ungefähr, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Jetzt zum Antrag, den die CSU, wie ich festgestellt habe, mehr oder weniger von der CDU/CSU-Fraktion vom März übernommen hat: Die Forderung, die Ausbildungsstandards und die Qualifikation auszubauen, unterstütze ich. Als Zusatzqualifikation ist das sogenannte Screening erwähnt. Für die, die nicht so in der Materie stecken, erkläre ich, was Screening heißt. Es bedeutet zum Beispiel, dass sich der Physiotherapeut am Patienten überlegen muss, welche Techniken er anwendet, ob das Problem zum Beispiel auch mit Physiotherapie zu behandeln ist, ob er vielleicht auch eine ärztliche Diagnostik benötigt und ob vielleicht eine bedrohliche Erkrankung dahintersteckt. Das wird für die Physiotherapeuten mehr Verantwortung bedeuten, und dafür braucht es eine Verbesserung in der Qualifikation und in der Ausbildung.

Auch zu den "Blankoverordnungen" sage ich Ja. Ich berichte aus meiner Erfahrung. Früher musste ich, wenn ich ein Rezept ausgestellt habe, zum Beispiel nach einer Kreuzbandoperation, wenn der Patient frisch operiert war und drei Tage später aus dem Krankenhaus entlassen wurde, immer angeben: 3 x Lymphdrainage, 2 x Elektrotherapie und 6 x Krankengymnastik oder manuelle Therapie. Das ist aber nicht sachdienlich. Der Therapeut, der die Diagnose "Zustand nach Kreuzbandoperation" hat, weiß am allerbesten, was er zu tun hat. Deshalb sage ich zu "Blankoverordnungen" eher Ja. Die Diagnose sollte aus meiner Sicht aber zumindest bestätigt sein und vielleicht auch beim Arzt liegen.

Beim Direktzugang bin ich skeptischer als der Kollege von der CSU. Bei Fragen, wer für einen Schaden, der am Patienten passiert ist, verantwortlich ist, bei Haftpflichtversicherungsfragen und bei Fragen, bei wem die Budgetverantwortung liegt, befinden wir uns ziemlich am Anfang der Diskussion. Das sind aber wichtige Dinge, die einfach überlegt werden müssten.

Auch zur Entkoppelung von der Grundlohnsumme sage ich Ja, zum Beispiel bei der Morbidität. Warum auch nicht? Dafür bin ich absolut. Das würde auch die Einkommenssituation vor allem unserer niedergelassenen Physiotherapeuten erheblich verbessern.

Zum Abschluss, Kolleginnen und Kollegen: Ja, wir brauchen in der Therapiekette unsere Physiotherapeuten nötiger denn je. Wir brauchen sie unbedingt. Herr Holetschek und Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie haben uns FREIE WÄHLER immer an Ihrer Seite, wenn Sie die Bayerische Staatsregierung auffordern, längst überfällige Maßnahmen zu ergreifen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Leiner vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Heilmittelerbringer haben eine wichtige Funktion in unserem Gesundheitssystem. Damit mich niemand falsch versteht: Auch wir sind eindeutig für die Stärkung der therapeutischen und Assistenzberufe in unserem Gesundheitssystem. Ich bin inzwischen auch der Meinung, dass es anders gar nicht mehr geht. Nur mithilfe einer koordinierten und sektorenübergreifenden Zusammenarbeit aller Gesundheitsberufe werden wir den Herausforderungen in Zukunft gerecht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die gleiche Augenhöhe. Da möchte auch ich auf das Gespräch hinweisen, das wir mit den Physiotherapeuten geführt haben. Eine Verkammerung dieser Berufe ist vonnöten, und dafür werden wir uns auch einsetzen.

Wir müssen uns auch endlich über die Delegation und die Substitution der ärztlichen Tätigkeiten unterhalten. Das deutsche Gesundheitssystem genießt zwar international einen guten Ruf, aber es hat die große Schwäche des Mangels an sektorenübergreifender Zusammenarbeit. Deutschland hinkt hier meilenweit hinterher. Die Zukunftsfähigkeit unseres Gesundheitssystems hängt davon ab, dass die Gesundheitsberufe gestärkt werden und sektorenübergreifend zusammenarbeiten.

Da stellt sich schon die Frage – Herr Holetschek, Sie haben das angesprochen –, warum ein Physiotherapeut eine Person mit Muskelschmerz abweisen und zum Arzt

schicken soll. Der Therapeut benötigt aber auch umfassende medizinische Kenntnisse, ob zum Beispiel bei einem Schmerz im Rücken vielleicht auch eine Nierenentzündung vorliegen könnte. Dies muss er erkennen, und dem muss seine Ausbildung angepasst werden. Wenn wir eine direkte Behandlung ohne Überweisung durch einen Arzt wollen, müssen wir in der Ausbildung dieser Heilberufe ganz dringend nachlegen und müssen sie wesentlich verstärken.

Dazu brauchen wir aber auch Erkenntnisse. Wir brauchen dazu valide Studien und Modellvorhaben zur Substitution von ärztlichen Leistungen, die Sie ja auch gefordert haben. Vor allem müssen die Qualifikation sowie die Qualität der Ausbildung und der Weiterbildung stimmen.

Wir würden es aber auf jeden Fall für sinnvoll erachten – Sie haben es in Ihrem Antrag nicht geschrieben, aber in Ihrer Rede gesagt, Herr Holetschek, und dafür bin ich dankbar –, dass endlich das Schulgeld wegfällt und es jetzt zur Einführung einer Ausbildungsvergütung kommt. Die Ausbildungsvergütung ist ein wichtiger Anreiz, um diesen Beruf zu erlernen. Andernfalls wird es zu einem Mangel in diesem Beruf kommen.

Kritischer sehen wir die Grundlohnsummenanbindung. Hierzu gab es zahlreiche Verhandlungen, deren Ergebnisse für die Heilmittelerbringer in den letzten Jahren wenig vorteilhaft waren. Die Neuregelung zu diesem Themenfeld wird sich als sehr schwierig erweisen. Das wissen wir nur zu gut. Auch wir haben mit den Physiotherapeuten gesprochen. Wir kennen deren Probleme und wissen, dass sie finanziell in größten Schwierigkeiten stecken.

Die Prüfung der Abkopplung der Honorare von der Grundlohnsummenentwicklung ist Gegenstand der Vergütungsverhandlungen der Selbstverwaltung. Dies käme von Ihnen, Herr Holetschek, garantiert als Gegenargument, wenn wir insoweit eine Verantwortungsverlagerung fordern würden. Würde die Bindung an die Grundlohnsummenentwicklung aufgehoben, benötigte man zudem eine andere Richtgröße, das heißt

einen Ersatz. Wie sonst sollten die Kosten in Zukunft kontrolliert werden? Diesen Punkt sehen wir fast als den kritischsten des gesamten Antrags an.

Meine Damen und Herren, das Thema ist zwar wichtig, aber auch mit vielen Fragen verbunden. Ich frage mich, wieso die CSU nicht den von der SPD beantragten Bericht abwartet. Die SPD hat zwar mittlerweile Zustimmung zu dem Antrag der CSU zugesagt; aber es sind noch zahlreiche Fragen offen. Die GRÜNEN sind der Meinung, dass wir die Antworten auf den Berichtsantrag abwarten sollten, ehe wir uns in Bayern entscheiden, in welche Richtung wir einen Antrag stellen.

Konsequenterweise werden wir uns – anders als die SPD-Fraktion – zu diesem Antrag der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CSU auf Drucksache 17/8680 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.